

Editorial

Frieden und dann...

Schon 1988, als der Contra-Krieg in Nicaragua mit dem Friedensabkommen von Sapoá beendet wurde, hat uns das Thema Frieden im Ökumenischen Büro beschäftigt. Dann haben wir die Friedensprozesse in El Salvador und Guatemala beobachtet. Sehr viel später, Anfang 2012, nachdem sich in El Salvador der Abschluss des Friedensvertrages zum 20. Mal jährte, vereinbarten die kolumbianische Regierung und die Guerillaorganisation FARC, Friedensverhandlungen zu führen. Damit haben auch wir uns wieder stärker mit dem Thema Frieden beschäftigt.

Zuerst versuchten wir, uns dem Thema theoretisch zu nähern. Das hat uns zwar nicht wirklich geholfen, aber unseren Blick für einige Zusammenhänge geschärft. Frieden, Gewalt, Gerechtigkeit, Wahrheit und Versöhnung sind schillernde Begriffe. Besonders Frieden und Gerechtigkeit sind eminent politisch und entsprechend schwer zu vereinbaren. Bei dem Frieden, wie wir ihn in Zentralamerika beobachten, wird dies besonders deutlich. Frieden ist hier das Ergebnis eines Friedensabkommens, also das Spiegelbild der existierenden Machtverhältnisse. Das führt nicht unbedingt zu dem Frieden, der häufig als Abwesenheit von Gewalt definiert wird. Dazu muss man sich nur die heutige Lebenssituation in El Salvador vor Augen führen. Der erreichte Frieden muss auch nicht viel mit Gerechtigkeit zu tun haben. Man denke nur an die Amnestiegesetze, die alle Friedensabkommen in Zentralamerika begleitet haben. Es geht zuerst nur darum, dass der interne Konflikt nicht mehr mit Waffen weiter geführt wird. Der Konflikt geht weiter und es wird weiter gekämpft, um Gerechtigkeit und Wahrheit.

Dies sind die Gedanken, die uns bei den folgenden Berichten aus den vier Ländern Nicaragua, El Salvador, Kolumbien und Peru geleitet haben. Den Blick, den wir auf diese Länder gerichtet haben, kann man mit den beiden Fragen „Ist Frieden möglich?“ und „Was hat der Frieden gebracht?“ zusammenfassen. Die betrachteten Länder verbindet zwar einiges: Überall ging und geht es um interne Konflikte, bei denen teilweise externe Akteure eine wichtige Rolle spielen. Abgesehen davon haben wir aber festgestellt, dass es fast unmöglich ist, in den konkreten Erfahrungen der Länder ein einheitliches gültiges Muster zu finden. Zu unterschiedlich sind die Konflikte.

Nicaragua

Wie in allen Ländern, die hier betrachtet werden, hat es auch in Nicaragua in den 1980er Jahren einen bewaffneten internen Konflikt gegeben, den Contra-Krieg. Auch dieser Konflikt wurde mit einem Friedensabkommen beendet. Aber „Vergangenheitspolitik“ gibt es in Nicaragua unter einer „Regierung für Versöhnung und nationale Einheit“ praktisch nicht. Nur einzelne Menschenrechtsaktivist_innen wie Vilma Núñez beschäftigen sich mit den Themen Wahrheitskommission und Versöhnung. Aber die politischen Interessen und Machtverhältnisse sind nicht so, dass Vergangenheitspolitik eine Rolle spielen kann.

Ergänzt werden diese Betrachtungen zu Nicaragua durch „Notizen zur Gewaltfreiheit“ von Alexander Popitz. Er berichtet von seinen konkreten Erfahrungen als Internationalist mit dem Contra-Krieg. Und wie die politische Überzeugung, dass der bewaffnete Kampf für die gerechte Sache selbstverständlich ist, etwas ganz anderes ist, als eine Kalaschnikow in der Hand zu halten oder vor den Leichen von gefallenen Contra-Kämpfern zu stehen. Er beschreibt, wie seine damaligen Erfahrungen sich zu einer pazifistischen Einstellung entwickelten.

El Salvador

Um die Situation in El Salvador mehr als 20 Jahre nach dem Friedensabkommen zu illustrieren, wird aus der Arbeit der Organisationen Pro Búsqueda und des Museo de la Palabra y la Imagen berichtet. In dem Interview mit Margarita Zamora und Lucio Atilio Vásquez (Chiyo) geht es zuerst um ganz praktische Arbeit: um die Zusammenführung getrennter Familien und darum, die Jugend für die Vergangenheit zu interessieren. Aber beiden Aktivist_innen geht es vor allem um Gerechtigkeit. Dabei ist Gerechtigkeit nicht nur die Bestrafung der Täter_innen. Dies ist mit dem weiterhin geltenden Amnestiegesetz sowieso schwierig zu erreichen. Gerechtigkeit beginnt für sie schon damit, die Wahrheit ihrer Erinnerungen zu bewahren.

Kolumbien

Ganz anders ist die Situation in Kolumbien. Hier geht es um die Frage „Ist Frieden möglich?“. Das wird in dem Artikel „Kolumbien: Ein langer Weg zur Friedenskonstruktion“ von Julieht Marcela Martínez Alava sehr deutlich. Es scheint so, als ob nach über 50 Jahren permanenten bewaffneten Konflikts jetzt die Aussicht auf Frieden alle Zweifel überstrahlt. Bei den intensiven und gut vorbereiteten Verhandlungen in Havanna herrscht ein Gefühl vor: Wir müssen die Chance zum Frieden nutzen. Verbleibende Zweifel werden auf später verschoben. Auch wir hoffen mit der Autorin, dass der Traum eines „Kolumbiens ohne Konflikt“ wahr wird.

Peru

Mit dem Artikel „Erinnern und Vergessen in Peru“ haben wir einen Blick aus der Region heraus gewagt. Das war nur möglich, weil wir mit Stella Wendlandt eine sehr kompetente Autorin gefunden haben. Ihr Interesse gilt vor allem dem Wirken der Wahrheits- und Versöhnungskommission und den sozialen und politischen Ursachen des bewaffneten Konflikts der Jahre 1980 bis 2000. Das, was Peru von den anderen Ländern unterscheidet, ist ein „alle Gesellschaftsschichten durchdringender Rassismus“, der zu der sozialen Ungleichheit und der Armut noch hinzu kommt.

Neben den Artikeln, die sich im vorliegenden Heft mit Frieden befassen, gibt es wie immer auch solche, die aktuelle Probleme in der Region behandeln.

In dem Artikel „Den Kampf aufzugeben, ist keine Option!“ beschreibt der honduranische Menschenrechtsaktivist Donny Reyes in einem Interview sein Engagement für schwule, lesbische, bi- und transsexuelle Menschen in seiner Heimat. Wie kritisch deren Situation ist, erschließt sich schon aus den

Umständen, unter denen es zu dem Interview kam. Wir trafen Donny Reyes, weil er sich entschlossen hatte, von Mai 2014 bis Januar 2015 das Angebot der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte zu einem Gastaufenthalt anzunehmen.

„Wie ist das gewaltsam verursachte Verschwinden der 43 Studenten in Mexiko zu verstehen?“ Diese Frage stellt man sich seit dem 27. September 2014 nicht nur in Mexiko. Minutiös breitet die Autor_in unter einem Pseudonym das bisher Bekannte aus. Trotz der beschriebenen Übergriffe, die in Mexiko, einem der wichtigen Handelspartner Deutschlands, offensichtlich alltäglich sind, bleibt die Hoffnung, dass sich etwas ändern wird. Der Schock, den das Verschwinden der Studenten weltweit ausgelöst hat, wird hoffentlich verhindern, dass die Regierung wieder auf das Vergessen der Welt hoffen und zur Tagesordnung übergehen kann.

Der zweite Artikel zu Mexiko über das Centro Calpulli in Oaxaca zeigt scheinbar eine ganz andere Welt. Er berichtet von Kindern, denen Schulbildung, Sport und Tanz geboten wird, obwohl sie aus sozialen Schichten stammen, die sich das eigentlich nicht leisten können. Diese Kinder hatten das Glück, Felipe Sánchez und seinem Team zu begegnen, Menschen, die sich für sie engagierten und die Fähigkeit hatten, auch andere für ihr Engagement zu begeistern.

In dem Artikel, der sich mit Nicaragua beschäftigt, geht es wieder einmal um das Thema Gewalt gegen Frauen. Konservativen Kräften, zu denen man inzwischen auch eindeutig Präsident Ortega und seine Ehefrau Rosario Murillo rechnen muss, ist es in letzter Zeit gelungen, das progressive Gesetz 779 gegen Gewalt an Frauen zu verwässern. Angeblich vom Gesetz diskriminierte Männer und katholische Bischöfe machen sich Sorgen um die Zukunft der nicaraguanischen Familie. Beruhigend an der aktuellen Entwicklung ist nur das Wissen, dass die nicaraguanische Frauenbewegung einen langen Atem hat und stark genug ist, auch mit solchen Rückschlägen fertig zu werden.

Die Redaktion hofft auch diesmal wieder auf das Interesse der Leser_innen.